



DPolG-Fragenkatalog zur Bürgerschaftswahl 2025

? *Wie bewerten Sie die innere Sicherheit in Hamburg und die Leistungsfähigkeit der Polizei Hamburg?*

a) *Wo sehen Sie dringenden politischen Handlungsbedarf, um die innere Sicherheit unserer Stadt und die Professionalität der Hamburger Polizei – Stichwort Digitalisierung – zu verbessern?*

SPD

Hamburg hat seit 2011 eine beeindruckende Entwicklung im Bereich der inneren Sicherheit durchlaufen. Mit der 2016 gestarteten Einstellungsinitiative wurde das Ziel von 1.000 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten erreicht, was die polizeiliche Handlungsfähigkeit in der Stadt deutlich gestärkt hat. Durch diese personelle Aufstockung konnte die Polizei in ihrer Aufgabenwahrnehmung und Leistungsfähigkeit strukturell deutlich gestärkt werden. Dieser Personalaufwuchs soll in der kommenden Legislaturperiode um weitere 500 Polizeikräfte fortgesetzt werden. Die Kriminalitätsstatistik belegt ebenfalls eine positive Entwicklung. Seit 2011 ist die Kriminalität in Hamburg insgesamt rückläufig. Dies bedeutet, dass das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, in den letzten Jahren deutlich gesunken ist. Die aktuelle Kriminalitätsentwicklung weist 2024 gegenüber 2023 einen Rückgang von vier Prozent aus. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit in einer Großstadt wie Hamburg bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe. In einer Stadt, die so vielfältige Men-

schen und Quartiere beheimatet, ist es unser Ziel, dass sich jeder an jedem Ort sicher fühlen kann. Die unterschiedlichen Herausforderungen in den einzelnen Stadtteilen sind offensichtlich. Besonders innerstädtische Bereiche wie der Hauptbahnhof, St. Pauli oder der Jungfernstieg erfordern maßgeschneiderte Lösungen. Um diesen spezifischen Anforderungen gerecht zu werden, haben wir gezielte Konzepte umgesetzt. Beispiele hierfür sind die Quattro-Streife, die Videoüberwachung und das Alkoholkonsumverbot am Hauptbahnhof, die Waffenverbotszone am Hauptbahnhof und im ÖPNV, das Hafensicherheitszentrum sowie die Ermittlungsgruppe Alster, die gemeinsam mit Dolmetschern auf Streife geht. Diese Maßnahmen helfen dabei, gezielt auf die besonderen Problemlagen vor Ort ein-



© DPolG Hamburg (2)

Welche Parteien ziehen in die Bürgerschaft ein? Wer erreicht wie viele Sitze und welche Koalitionen sind denkbar? In wenigen Wochen ist der Kampf um die Macht im Hamburger Rathaus entschieden.



© Frank Riebow

zugehen. Die Sicherheitspolitik in Hamburg steht dennoch vor immer komplexeren Herausforderungen. In den letzten Jahren konnten jedoch zahlreiche Fortschritte erzielt werden: Das umfangreiche Infrastrukturmodernisierungsprogramm der Polizei umfasst unter anderem die neue Polizeieinsatzzentrale, den vollständigen Neubau der Akademie, den Neubau des PK 43 und Investitionen in IT und Digitalisierung.

Die kontinuierliche Digitalisierung in der Verwaltung und bei der Polizei ist ein Schlüssel für moderne und effiziente Strukturen. Wir sind auf dem richtigen Weg, um Prozesse zu vereinfachen und die Arbeit der Beschäftigten spürbar zu entlasten. Dennoch gibt es auf allen Ebenen noch viel zu tun. Ein herausragendes Beispiel für diesen Fortschritt ist das Projekt MobiPol der Hamburger Polizei. Im Rahmen dieses Projekts wurden seit 2020 rund 3.400 Polizistinnen und Polizisten mit dienstlichen Smartphones ausgestattet, die speziell entwickelte Apps für die mobile Polizeiarbeit enthalten. Diese ermöglichen unter anderem die mobile Sachbearbeitung, den Zugriff auf Auskunft- und Recherchesysteme sowie die Erfassung von Fingerabdrücken per Handykamera. Durch diese innovativen Ansätze wird deutlich, wie Digitalisierung konkret den Arbeitsalltag erleichtern und effizienter gestalten kann.

Die Geräte tragen zu einer schnellen, effektiven und vernetzten Arbeit bei und werden den Anforderungen an die Polizei einer Metropole gerecht. Die Anwendungen werden laufend weiterentwickelt, und die Aktualität der Geräte wird durch regelmäßigen Austausch gewährleistet. Mit der Umsetzung des Projekts PERLE (Projekt Erneuerung Leitstellen von Feuerwehr und Polizei) erhält die Stadt neue Leitstellen für Feuerwehr und Polizei mit neuester Einsatzleittechnik (Einsatzleitsystem, Kommunikationssystem, Geoinformationssystem). In den Bau der neuen Leitstellen werden weitere 100 Millionen Euro investiert und der Weg in die noch digitalere Zukunft der Feuerwehr und Polizei bereitet:

Moderne Kommunikationstechnik und neues Notrufsystem: Die Polizeieinsatzzentrale wird ausgestattet mit modernster Technik, die es ermöglicht, Notrufe auch über Messengerdienste und soziale Netzwerke zu empfangen oder den Standort zu übermitteln. Auch Videoübertragungen werden möglich sein.

Damit ist Hamburg für die aktuellen und zukünftigen Anforderungen einer modernen Großstadt und eines sich verändernden Kom-

munikationsverhaltens optimal gerüstet und zukunftsfähig aufgestellt. Die bauliche Fertigstellung der neuen Leitstellen an der Eiffeustraße und auf dem Polizeigelände in Winterhude ist bis Ende 2025 geplant. Noch im ersten Quartal 2025 wird die integrierte Auswertumgebung des BKA in den aufwachsenden Wirkbetrieb gehen. Mit Einführung der BKA-IUA beginnt für die Polizei ein neues Zeitalter im Bereich der Auswertung digitaler Spuren: Forensisch gesicherte Daten können künftig von jedem Arbeitsplatz-PC, zeitgleich und erforderlichenfalls bundeslandübergreifend, ausgewertet werden.



Die Sicherheitslage in Hamburg ist stabil – dank der engagierten und akribischen Arbeit unserer Polizei liegen wir im bundesweiten Städtevergleich im Mittelfeld. Dennoch ist es wichtig, sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. An Orten wie dem Hauptbahnhof haben wir durch die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit auf ein gestiegenes Unsicherheitsgefühl reagiert, um Probleme ganzheitlich zu adressieren. Ein zentraler Handlungsbedarf liegt in der weiteren Digitalisierung der Polizei. Wir sind bereits ein gutes Stück vorangekommen, etwa mit dem flächendeckenden Einsatz von MobiPol. Dennoch stehen wir vor großen Herausforderungen: Der Einsatz von KI und die effiziente Verarbeitung stetig wachsender Datenmengen erfordern weitere Investitionen in die digitale Infrastruktur. Die Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern dient der Entlastung der Einsatzkräfte und der Verbesserung ihrer täglichen Arbeit.



Sehr angespannt. Viele Hamburger trauen sich gerade im Dunkeln nicht mehr auf die Straße. Insbesondere der erhebliche Anstieg der Gewaltkriminalität verunsichert viele, die deutliche Zunahme an Delikten, bei denen Messer oder Schusswaffen verwendet werden, ist erschütternd. Um die Sicherheitslage in ganz Hamburg zu verbessern, bedarf es der richtigen politischen Entscheidungen, Kompetenzen und Ressourcen für die Polizei, damit alle – stetig wachsenden – Aufgaben erfüllt werden können. Dazu zählen neben einer erhöhten Polizeipräsenz auch abseits des Hauptbahnhofs der Ausbau der Videoüberwachung sowie eine Ausweitung des Einsatzes digitaler Assistenzsysteme und ermittlungunterstützender Software, um im Zeitalter von Massendaten die Verarbeitung digitaler Spuren zu beschleunigen und die Aufgabenerledigung effizienter zu gestalten. Hierfür sind auch entsprechende Aus- und Fortbildungen sowie Spezialisierungen der Ermittler und mehr IT-Fachkräfte bei der Polizei erforderlich.

DIE LINKE.

Hamburg ist insgesamt eine sehr sichere Stadt – allerdings nicht für alle Menschen gleichermaßen. Vor allem im Bereich der Verfol-



© Oliver Schinkmann



gung von Frauen, der Femizide und der rassistischen und rechts-extremen Straf- und Gewalttaten sind Kriminalitätsphänomene zu beobachten, denen deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die Polizei Hamburg verfügt über eine hohe Leistungsfähigkeit und kann ihre Aufgaben weitgehend erfüllen.

Um die Digitalisierung der Polizei voranzutreiben, bedarf es einer Reihe gezielter Maßnahmen, die sowohl die technische Ausstattung als auch die organisatorischen Strukturen betreffen. Diese Maßnahmen sind nicht nur zur Steigerung der Effizienz, sondern auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Polizei notwendig. Dazu muss die Polizei mit moderner Technik ausgestattet werden, um schnell und effizient auf digitale Informationen zugreifen zu können. Dazu gehört die Bereitstellung leistungsfähiger Computer, mobiler Geräte und sicherer Netzwerke. Darüber hinaus müssen Systeme integriert werden, um eine reibungslose Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen zu gewährleisten. Die Digitalisierung stellt aber auch neue Anforderungen an das Personal. Daher ist es entscheidend, dass alle Polizistinnen und Polizisten regelmäßig in digitalen Werkzeugen und modernen Technologien geschult werden. Dabei geht es nicht nur um den Umgang mit modernen Geräten, sondern auch um den sicheren Umgang mit Daten und die gesetzlichen Vorgaben zu Datenschutz und IT-Sicherheit. Denn die Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist bei der Digitalisierung der Polizei von entscheidender Bedeutung, um die Rechte der Bürger zu schützen. Angesichts der zunehmenden Erhebung und Nutzung personenbezogener Daten durch digitale Technologien muss sichergestellt werden, dass diese nur nach klaren gesetzlichen Vorgaben verarbeitet werden. Der Schutz vor Missbrauch, Diskriminierung und unkontrollierter Überwachung ist daher unerlässlich.



Die öffentliche Sicherheit in Hamburg ist dringend verbesserungsbedürftig. Angesichts von 1.269 Messerstraf-taten im Jahr 2023 in Hamburg, in Anbetracht zahlreicher Morde und Schusswechsel auf offener Straße sowie eingedenk der wachsenden Drogenkriminalität (Stichwort: Hafem) muss die Politik dringend wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen. Allein mit mehr Überwachungskameras wird auf Dauer keine Abhilfe geschaffen. Die Polizei Hamburg leis-

tet hervorragende Arbeit, ist jedoch oft am Limit. Besonders die steigende Gewaltbereitschaft, der Drogenhandel und komplexe Cyberkriminalität erfordern eine verbesserte personelle und technische Ausstattung.

- Personal: Erhöhung der Einstellungszahlen und Verbesserung der Ausbildungskapazitäten.
- Ausstattung: Investitionen in modernste digitale Technik und Fahrzeuge.
- Cyberkriminalität: Ausbau spezialisierter Einheiten für digitale Kriminalität.
- Bürokratieabbau: Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben durch Verwaltungsassistenten oder Digitalisierung.

? *Priorität sollte es sein, für eine gerechte Bewertung des Polizeiberufes zu sorgen. Aus Sicht der DPoG ist die Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzug, um unter anderem mindestens mit der Besoldung A 11 ruhegehaltstfähig pensioniert zu werden, überfällig.*

a) Teilen Sie diese Auffassung?



In den vergangenen Jahren ist viel für die finanzielle Attraktivität des Polizeiberufs getan worden:

- Erhöhung der Erschwerniszulagen,
- sehr deutliche Tariferhöhung,
- Absicherung des Pensionsalters von 60 als einziges Bundesland,
- 2025/2026: Erhöhung der Polizeizulage auf ein bundesweites Spitzenniveau (inklusive zukünftiger Dynamisierung).

Für die Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst müssten die Stellen des Laufbahnabschnitts (LA) I in solche des LA II überführt werden. Um dabei angemessene Beförderungsmöglichkeiten zu gewährleisten, wäre eine Neuausrichtung der Stellenstruktur im LA II notwendig. Die Umwandlung aller Vollzugsdienstposten des mittleren Dienstes in das Eingangssamt A 9 des gehobenen Dienstes würde jedoch im Personalhaushalt der Polizei strukturelle Mehrkosten von geschätzt mindestens 12 Millionen Euro pro Jahr verursachen. Außerdem ist fraglich, ob das Nachwuchskräftepotenzial für die Einstellungsvoraussetzungen des LA II in ausreichendem Maße verfügbar wäre. Ein besonderer Vorteil der derzeit dreigeteilten Laufbahn liegt darin, dass sie eine breite gesellschaftliche Vielfalt im Polizeidienst ermöglicht. Sie bietet auch Bewerber aus weniger qualifizierten Bereichen Zugang zur Polizei und die Möglichkeit, höhere Bildungsabschlüsse über die internen Bildungswege zu erreichen. Würden diese Personen frühzeitig ausgeschlossen, könnten bestimmte Bevölkerungsschichten vom Polizeiberuf ferngehalten werden. Die Annahme, dass eine zweigeteilte Laufbahn ein ausreichendes Potenzial an Nachwuchskräften mit den Voraussetzungen für den LA II, erstes Einstiegsamt (1. EA), sichern könnte, wird daher kritisch betrachtet.



Wir kennen die Debatte um die zweigeteilte Laufbahn und teilen die Auffassung, dass eine gerechte und auskömmliche Bezahlung für die Beamtinnen und Beamten essenziell ist. Unser Ziel ist es, die Polizei in Hamburg als attraktiven Arbeitgeber zu stärken und weiterzuentwickeln. Dies erreichen wir durch ein ausgewogenes Ge-



© Oliver Schinkmann

sampaket aus Besoldung, Zulagen und attraktiven Arbeitsbedingungen, das den Anforderungen und Herausforderungen des Polizeiberufs gerecht wird.



Ja, wir haben in dieser Legislaturperiode bereits drei Anträge zur zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei (Drucksachen 22/5621, 22/7996 und 22/17124) eingebracht, mit denen wir den Senat ersuchen wollten, die Möglichkeit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei Hamburg eingehend zu prüfen und dabei Optionen für den Zugang von Bewerbern ohne Abitur und Fachhochschulreife aufzuzeigen sowie einen Vorschlag für die Überleitung der Beamten, die sich noch im mittleren Dienst befinden, zu unterbreiten. Leider wollten SPD und Grüne unsere Anträge nicht einmal zur Beratung in den Innenausschuss überweisen.

DIE LINKE.

Die Linke hat gegenüber der Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzug Bedenken, da die Abschaffung des mittleren Dienstes dazu führen kann, dass sich die Diversität und Repräsentanz von Menschen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Lebenslagen und unterschiedlichen Bildungsbiografien innerhalb der Polizei reduziert wird. Es muss daher bei einer zweigeteilten Laufbahn sichergestellt werden, dass auch Bewerberinnen und Bewerber mit Realschulabschluss Zugang zum Polizeiberuf erhalten können. Die Attraktivität der Polizei kann aus unserer Sicht auch durch andere Maßnahmen, insbesondere durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gesteigert werden.



Die zweigeteilte Laufbahn ist ein notwendiger Schritt, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu erhöhen und eine angemessene Besoldung zu gewährleisten. Wir teilen die Auffassung, dass A 11 für alle Polizeibeamten ruhegehaltstauglich sein sollte. Angesichts der knappen Bewerberlage im Bereich geeigneter Nachwuchskräfte, die nicht zuletzt durch die starke Konkurrenz der freien Wirtschaft bedingt ist, ist die zweigeteilte Laufbahn geradezu alternativlos.

? Gerechte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten müssen auch für die Verwaltungsbeamten und die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen möglich sein. Wie soll es der Polizei gelingen, Kolleginnen und Kollegen außerhalb des Polizeivollzuges zu gewinnen und zu halten, wenn die Lohn- und Gehaltsstrukturen so bleiben, wie sie sind?

SPD

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist ein entscheidender Faktor, um motivierte und qualifizierte Beschäftigte für die Polizei zu gewinnen und zu halten – und das gilt selbstverständlich auch für die Verwaltungsbeamten und tarifbeschäftigten Mitarbeiter außerhalb des Polizeivollzuges. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde am 16. Oktober 2024 getan, als die Hamburgische Bürgerschaft das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2024/2025 beschlossen hat. Damit werden die Ergebnisse der TV-L-Tarifrunde vom Dezember 2023 auf die Beamten und Versorgungsempfänger der Freien und Hansestadt Hamburg übertragen. Bereits im Dezember 2023 hatte die Bürgerschaft die Inflationsausgleichsprämie beschlossen, um die finanzielle Belastung zu mindern.

Die wesentlichen Neuerungen umfassen:

- eine Erhöhung der Grundgehaltssätze für aktive Beamte um 200 Euro ab dem 1. November 2024 sowie eine Anpassung weiterer Besoldungsbestandteile (zum Beispiel allgemeine Stellenzulage) um 4,76 Prozent
- eine entsprechende Erhöhung der Versorgungsbezüge gemäß des individuellen Ruhegehaltssatzes (maximal 71,75 Prozent von 200 Euro) ab dem 1. November 2024
- eine weitere Erhöhung der Grundgehaltssätze und Versorgungsbezüge um 5,5 Prozent ab dem 1. Februar 2025
- eine Erhöhung der Anwärtergrundbezüge um 100 Euro ab dem 1. November 2024 und eine zusätzliche lineare Erhöhung um 5,5 Prozent ab dem 1. Februar 2025
- Anhebung verschiedener Zulagen, etwa bei Polizei und Feuerwehr, mit einer Erhöhung auf 170 Euro monatlich ab dem 1. August 2025 und auf 180 Euro ab dem 1. August 2026

Diese Maßnahmen zeigen, dass wir die Arbeitsbedingungen und Perspektiven im öffentlichen Dienst kontinuierlich verbessern. Dennoch bleiben wir im Dialog mit allen Beteiligten, um weitere Schritte zu prüfen und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Unser Ziel bleibt, die Polizei – in allen Bereichen – als attraktiven und modernen Arbeitgeber zu stärken.



Wir teilen die Auffassung, dass eine gerechte und auskömmliche Bezahlung auch für Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen zentral ist. Unser Ziel ist es, die Polizei Hamburg als attraktiven Arbeitgeber für alle Beschäftigten zu stärken und weiterzuentwickeln. Dies erreichen wir durch ein ausgewogenes Gesamtpaket aus Besoldung, Zulagen und attraktiven Arbeitsbedingungen, das den vielfältigen Anforderungen gerecht wird. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern und so langfristige Perspektiven zu schaffen. Nur so können wir qualifizierte Fachkräfte gewinnen und dauerhaft binden, um die Leistungsfähigkeit der Polizei in allen Bereichen sicherzustellen.



Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes in der Fläche ist es unabdingbar, dass genügend Angestellte im Polizeidienst (AiP) zur Verfügung stehen, die auch für die Durchführung von Objekt-schutzmaßnahmen zuständig sind. Leider sind jedoch viele Stellen unbesetzt; die Fluktuation ist hoch und die Nachwuchssituation schlecht. Wir halten es daher für erforderlich, den AiP, die im Dienst auch eine Waffe tragen müssen, eine entsprechende Gefahrenzu-lage zu gewähren und die Werbemaßnahmen zur Gewinnung von geeignetem Nachwuchs zu verstärken. Zudem ist es notwendig, spezielle Laufbahnen für IT-Kriminalisten nach dem Vorbild der Län-der Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern sowie dem Bund einzurichten, um qualifizierte IT-Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Schließlich ist eine angemessene Bezahlung ebenso wie die notwendige politische Rückendeckung unerlässlich, um die Ar-beitsbedingungen für alle dort Beschäftigten nachhaltig zu verbes-ern.

DIE LINKE.

Gerechte Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen sind nicht nur für die Polizeibeamten wichtig, sondern auch für das Verwaltungs-personal und die Tarifbeschäftigten, die oft übersehen werden, obwohl sie einen entscheidenden Beitrag zum Funktionieren der Polizei leisten. Ihre Leistungen müssen endlich angemessen hono-riert werden. Dazu gehört eine Anhebung der Tarif- und Besol-dungsgruppen, damit die Bezahlung der tatsächlichen Belastung und Verantwortung entspricht. Gerade in Städten wie Hamburg ist eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten notwen-dig. Gerechte Aufstiegschancen dürfen nicht nur für Polizeibeamte gelten. Auch Verwaltungsangestellte brauchen klare Perspektiven, zum Beispiel durch Fortbildung und mehr Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen. Gleichzeitig muss der öffentliche Dienst insge-samt gestärkt und attraktiver gemacht werden – durch faire Be-zahlung, familienfreundliche Arbeitszeiten, flexible Modelle und sichere Arbeitsplätze. Auch die Arbeit der Verwaltungsangestellten muss dringend mehr Anerkennung finden. Sie übernehmen zen-trale Aufgaben in Planung, Organisation oder IT, die oft unterschätzt werden. Diese Tätigkeiten verdienen sowohl finanzielle als auch öf-fentliche Wertschätzung. Letztlich braucht es mehr Solidarität zwi-schen Vollzugsbeamten, Verwaltungsangestellten und Tarifbe-schäftigten, um gemeinsam für bessere Bedingungen und eine gerechte Bezahlung einzutreten. Eine Polizei, die auf die Leistungen ihrer Verwaltungskräfte angewiesen ist, kann sich Missstände in diesem Bereich nicht leisten. Nur mit einer gerechten Bezahlung und fairen Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten kann die Po-lizei ihre Aufgaben langfristig und effektiv erfüllen.



Um Verwaltungsbeamte und tarifbeschäftigte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, muss die Polizei attraktive Lohn- und Ge-haltsstrukturen bieten, die mit der freien Wirtschaft konkurrieren können. Ein gutes Beispiel liefert Nordrhein-Westfalen, wo tarif-beschäftigte IT-Spezialisten in der Polizei durch Zulagen gezielt ge-fördert werden, um den Wettbewerb mit der Privatwirtschaft zu bestehen. Ergänzend sind klare Karrierepfade und Weiterbildungs-möglichkeiten wichtig, um langfristige Perspektiven zu schaffen. Moderne Arbeitsbedingungen wie flexible Arbeitszeiten und Ho-meofficeangebote erhöhen zudem die Attraktivität als Arbeitge-

ber. Durch diese Maßnahmen kann die Polizei qualifiziertes Perso-nal binden und ihre Effizienz nachhaltig steigern.

? *Befürworten Sie die Einführung einer sogenannten Hamburg-Zulage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hamburgi-schen öffentlichen Dienstes, um finanzielle Mehrbelastungen abzufedern?*

a) Wenn ja, in welcher Höhe?

b) Wenn nein, warum nicht?



Wir betrachten dies differenziert, da bereits eine Polizei- und Feuerwehrzulage existiert. Im Mai letzten Jahres wurde diese Zulage für den kommenden August von 127 auf 170 Euro pro Mo-nat angehoben. Ein Jahr später steigt sie nochmals um weitere 10 Euro auf dann 180 Euro monatlich zuzüglich einer Dynamisie-rung. Zusätzlich wird eine finanzielle Erleichterung durch die Erhö-hung des Beihilfesatzes zur Heilfürsorge ermöglicht. Im Jahr 2014 hat der Senat die Heilfürsorge für (beihilfeberechtigte) Polizei- und Feuerwehrvollzugsbeamtinnen und -beamte wiedereingeführt. Im Vergleich zu der Kostenbelastung gesetzlich Versicherter oder pri-vat versicherter Beihilfeberechtigter liegen die mit der Anrechnung als Sachbezug verbundenen Kosten (1,4 Prozent vom Grundgehalt) auf einem sehr niedrigen Niveau.



Wir sehen die finanziellen Mehrbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Hamburg. Da wir auch im Wettbewerb mit umliegenden Landes- und Kommunalverwal-tungen stehen, haben wir im Mai dieses Jahres eine zweistufige Erhöhung der Polizeizulage beschlossen. Wir wollen unter Berück-sichtigung der Haushaltslage prüfen, ob weitere Stadtstaatenzula-gen im TV-L notwendig und möglich sind.

Zudem setzen wir uns für eine Flexibilisierung des TV-L und eine höhere Durchlässigkeit der Laufbahnen ein. Das Deutschlandticket soll vom Arbeitgeber in der vergünstigten Version angeboten wer-den.



© DPoG Hamburg



Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach einer Stadtstaatenzulage, damit sich die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch das Wohnen und Leben in Hamburg leisten können.

DIE LINKE.

Wer in Hamburg arbeitet, muss sich das Leben in Hamburg auch leisten können. Die Linke befürwortet daher eine Hamburg-Zulage in Höhe von 400 Euro (brutto berechnet auf eine Vollzeitstelle) und beantragen, die Kosten bereits für den Haushalt 2025/2026 bereitzustellen, sodass dies Anfang 2025 auf den Tariflohn aufgeschlagen werden kann. Die Linke befindet sich dazu im guten Austausch mit den Gewerkschaften, insbesondere ver.di, die diese Notwendigkeit auch sehen. Die Mehrbelastungen von Beschäftigten, vor allem bei den Wohnkosten, sind so hoch, dass die in Deutschland ansonsten gerade so auskömmlichen Eingruppierungen hier nicht ausreichen. Das führt auch zu zweierlei Problemen: Für die Beschäftigten fehlt es im Geldbeutel und weil das so ist, findet die Freie und Hansestadt Hamburg oft kein Personal, das bereit ist, bei gleich hohen Gehältern mehr an Lebenshaltungskosten in Hamburg zu bezahlen. So bleiben zu viele Stellen unbesetzt – mit den bekannten und gravierenden Folgen. Es ist also auch im Interesse der Stadt, der Entlastung der sonstigen Beschäftigten und für die Erfüllung der Aufgaben, die zusätzlichen Lebenshaltungskosten durch eine Hamburg-Zulage ein Stück weit auszugleichen, um als Arbeitgeber attraktiv bleiben zu können.



Wir befürworten die Einführung einer Hamburg-Zulage. Eine Höhe von mindestens 200 bis 300 Euro monatlich wäre angemessen, um die hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten auszugleichen. Die Finanzierung sollte durch eine Priorisierung im Haushalt ermöglicht werden.

? Nicht nur die Polizei, sondern der gesamte öffentliche Dienst in Bund, Ländern und Kommunen leidet massiv unter dem Arbeits- und Fachkräftemangel – ein Ende ist vorerst und sehr lange nicht in Sicht. Wie will Ihre Partei diesem Personalmangel politisch begegnen?



Die Polizei in Hamburg ist ein attraktiver Arbeitgeber, und wir haben unser Versprechen eingelöst: Bis Ende 2023 ist die Polizei gegenüber 2016 trotz erheblicher Abgänge (Pensionierungswelle) um 1.000 Polizistinnen und Polizisten auf 10.000 Polizisten gewachsen. Die Polizei hat bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur besseren Nachwuchskräftegewinnung entwickelt. Aktuell können die Stellen für Nachwuchskräfte regelmäßig besetzt werden. Um die Innenbehörde bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften zu unterstützen, haben wir mit einem Haushaltsantrag in Höhe von knapp 600.000 Euro einen klaren Schwerpunkt auf die Nachwuchsförderung gesetzt. Mit diesen Mitteln treiben wir die Digitalisierung in der Ausbildung durch die Bereitstellung von Tablets voran und stärken zudem die Marketingkampagne der Innenbehörde zur Gewinnung neuer Talente.



Um dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu begegnen, braucht es einen umfassenden Ansatz: Mit dem Haushalt 2025/26 setzen wir erneut einen Schwerpunkt auf die Nachwuchsgewinnung und eine moderne Ausbildung. Um engagierte und motivierte Kräfte auch darüber hinaus zu binden, braucht es: Flexible Arbeitsmodelle, attraktive Arbeitsbedingungen und Vergütungsstrukturen sowie Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die den individuellen Wünschen der Beschäftigten Rechnung tragen. Besonders wichtig ist uns die Fokussierung auf Kernaufgaben durch eine gute Kooperation mit weiteren Akteuren in der Stadt und eine Entlastung von Routineaufgaben durch die Fortsetzung der Digitalisierung von Arbeitsprozessen mit Blick auf die Bedürfnisse der Beschäftigten.



Ein zentraler Ansatz ist die Förderung der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung. Durch den Einsatz moderner Technologien, einschließlich KI, sollen Verwaltungsabläufe optimiert und effizienter gestaltet werden, um neben der Verbesserung der Servicequalität für die Bürger die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu steigern. Darüber hinaus wollen wir durch die Einführung eines durchlässigen Laufbahnrechts flexiblere Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, um berufliche Expertise anzuerkennen und individuelle Entwicklungswege zu ermöglichen, spezifische Fachkräftestrategien entwickeln und Anpassungen bei der Besoldung und Vergütung vornehmen, um im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte konkurrenzfähig zu bleiben. Dazu gehört auch, die Arbeitsbedingungen durch eine wertschätzende Führungs- und positive Fehlerkultur in der gesamten FHH zu verbessern.

DIE LINKE.

Der öffentliche Dienst und auch die Polizei steht angesichts des massiven Arbeits- und Fachkräftemangels vor großen Herausforderungen und muss – angesichts der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft – deutlich attraktiver werden. Um diesem Personalmangel entgegenzuwirken, müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Zunächst muss der öffentliche Dienst durch eine deutliche Anhebung der Gehälter attraktiver gemacht werden. Die Bezahlung muss sich an der gesellschaftlichen Bedeutung der Arbeit orientieren. Zudem fordern wir eine Hamburg-Zulage in Höhe von 400 Euro, um die Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen und die Attraktivität des öffentlichen Sektors zu erhöhen. Darüber hinaus müssen die Arbeitsbedingungen vor allem durch Arbeitsentlastung verbessert werden. Dies erfordert mehr Personal, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Modernisierung der Arbeitsmittel. Auch für die Nachwuchsgewinnung braucht es mehr als warme Worte und bunte Kampagnen, nämlich bessere Bezahlung, Übernahmegarantien und gezielte Förderung.



Attraktivität steigern: Einführung von Zulagen, flexiblen Arbeitszeitmodellen und besserer Bezahlung. Ausbildung intensivieren: Ausbau von Ausbildungs- und Studienplätzen im Polizeidienst. Quereinsteigerprogramme: Gewinnung von Fachkräften aus anderen Berufsfeldern für den Verwaltungsbereich der Polizei. Die Politik muss die Leistung der Polizei öffentlichkeitswirksam stärker wertschätzen und der Polizei grundsätzlich den Rücken stärken.

Hamburg braucht eine effiziente, professionelle Bürgerpolizei. Eine starke Polizei trägt wesentlich dazu bei, rechtsstaatliche Verhältnisse zu garantieren, die Daseinsvorsorge und den Zusammenhalt zu sichern. Teilen Sie diese Auffassung und wie wollen Sie diese Bringschuld des Staates sicherstellen?

SPD

Die innere Sicherheit ist ein zentraler Schwerpunkt der rot-grünen Regierungskoalition. Deshalb sieht der kommende Haushalt zusätzliche 90 Millionen Euro für die Polizei vor – eine deutliche Steigerung im Vergleich zum letzten Haushalt. Dies ist umso bemerkenswerter, da der Haushalt 2023/2024 für den Bereich Inneres bereits die Milliardengrenze überschritten hat. In den vergangenen Jahren konnten wir bereits erhebliche Fortschritte erzielen. Dazu zählen die Aufstockung des Personals, die Modernisierung der Infrastruktur und gezielte Investitionen in die Aus- und Fortbildung. Bis Ende 2024 ist die Polizei gegenüber 2016 trotz erheblicher Abgänge (Pensionierungswelle) um 1.000 Polizistinnen und Polizisten gewachsen. Dieser Personalaufwuchs soll in der kommenden Legislaturperiode um weitere 500 Polizeikräfte fortgesetzt werden.



Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols kommt der Polizei eine zentrale Funktion zu. Diese kann sie am wirkungsvollsten in einem Netzwerk verschiedener Akteure erfüllen, in dem sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Dabei muss sie mit den erforderlichen Befugnissen und Ressourcen ausgestattet sein, um effektiv handeln zu können und gut für die sich stetig wandelnden

Herausforderungen gerüstet zu sein. Dies setzt zugleich eine entsprechende rechtsstaatliche Kontrolle voraus.

CDU

Wir stehen rückhaltlos zu einer starken, gut ausgestatteten Polizei und sehen diese als zentralen Bestandteil eines funktionierenden Rechtsstaats und der inneren Sicherheit. Wir wollen die Polizei in die Lage versetzen, ihre Aufgaben effizient und professionell zu erfüllen. Dazu gehört eine bessere Personalausstattung, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden und die Präsenz vor Ort zu erhöhen, ebenso wie die Verfügbarkeit von moderner Ausrüstung und bestmöglicher Technologie. Daneben bedarf es klarer rechtlicher Rahmenbedingungen und einer Erweiterung der Kompetenzen. Um die Bringschuld des Staates zu gewährleisten, setzen wir auf eine Kombination aus Investitionen, Reformen und klarer politischer Unterstützung für die Polizei.

DIE LINKE.

Die Linke setzt sich für eine moderne, bürgernahe, transparente und grundrechtsfreundliche Großstadtpolizei ein, deren Aufgaben strikt auf Gefahrenabwehr und Strafverfolgung beschränkt sind. Eine Polizei, die sich als „Bürgerpolizei“ versteht, muss ihren Schwerpunkt auf Prävention und Deeskalation statt auf reine Repression legen. Vertrauen zwischen Polizei und Bevölkerung entsteht nur durch Dialog und konsequentes Vorgehen gegen Diskriminierung, Racial Profiling und unverhältnismäßige Gewalt. Sicherheit kann nicht allein durch mehr Polizeipräsenz erreicht werden. Auch die gesellschaftlichen Ursachen von Unsicherheit – wie Armut, soziale Ungleichheit und mangelnde Bildungsgerechtigkeit – müssen angegangen werden. Der Staat ist in der Pflicht, mehr in soziale

Dienstleistungen, Bildung und Daseinsvorsorge zu investieren, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und präventiv für Sicherheit zu sorgen. Auch die Polizei muss unter strenger demokratischer Kontrolle stehen, um Machtmissbrauch zu verhindern und rechtsstaatliches Handeln zu gewährleisten. Unabhängige Beschwerdestellen, mehr Transparenz und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in sicherheitspolitische Entscheidungen sind unabdingbar. Besonderes Augenmerk gilt dem Schutz marginalisierter Gruppen. Diskriminierung und Rassismus müssen sowohl innerhalb der Polizei als auch im Umgang mit der Bevölkerung entschieden bekämpft werden. Die Bringschuld des Staates kann nicht (allein) von der Polizei erfüllt werden. Soziale Probleme erfordern soziale Lösungen und die Polizei darf nicht Nothelfer einer verfehlten Sozialpolitik sein. Nur eine umfassende, sozial gerechte Politik, die die Ursachen von Unsicherheit bekämpft, kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig sichern.



© Laurin Schmid



Wir teilen die Auffassung, dass eine effiziente Bürgerpolizei zentral für den gesell-

schaftlichen Zusammenhalt ist. Der Staat muss sicherstellen, dass die Polizei als Garant der inneren Sicherheit uneingeschränkt handlungsfähig bleibt. Dafür fordern wir:

- Dauerhaft ausreichende finanzielle Mittel
- Verstärkung der Personalzuwächse
- Klare Priorisierung der inneren Sicherheit in allen politischen Entscheidungen
- Die Politik muss ihre Fürsorgepflicht für alle Beamten einschließlich der Polizei uneingeschränkt anerkennen. Die aktuelle Änderung des Disziplinarrechts lehnt die AfD aus grundsätzlichen Erwägungen ab!

Bürokratieabbau und Aufgabenkritik gehören zum Standardvokabular, wenn es darum geht, Strukturen aufzubrechen und Personalmangel zu kompensieren. Für die DPoIG hat eine kritische Betrachtung der Tätigkeiten und der Abbau einer überbordenden Bürokratie Priorität. Teilen Sie unsere Einschätzung?

SPD

In Hamburg arbeiten wir konsequent am Bürokratieabbau und haben bereits 80 neue Maßnahmen identifiziert, die Bürger, Unternehmen und die Verwaltung entlasten. Zusammen mit dem Bürokratieabbau-Paket 2021 kommen in dieser Legislaturperiode über 100 Maßnahmen zusammen. Besonders hervorzuheben sind der Einsatz des Praxischecks um bürokratische Hemmnisse gezielt zu untersuchen, sowie die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. So wurden etwa 55 automatisierte Bots eingeführt, die über 130.000 Arbeitsstunden einsparen. Hamburg setzt damit auf innovative Ansätze, um Abläufe effizienter zu gestalten und den Alltag für alle Beteiligten spürbar zu erleichtern. Der Bürokratieabbau bei der Polizei ist eine Daueraufgabe, die ständiges Hinterfragen von Tätigkeiten und Abläufen erfordert. Wir unterstützen die Polizei dabei, Prozesse neu zu gestalten und Arbeitsstrukturen sinnvoll umzuorganisieren. Ein solcher Veränderungsprozess gelingt jedoch nur, wenn alle Beteiligten mitgenommen werden. In einer modernen Polizei, bei der Teamstrukturen ein zentraler Grundpfeiler der Arbeit sind, ist es besonders wichtig, alle Mitarbeiter einzubeziehen. Gleichzeitig erfordert der Fortschritt den Mut, Neues auszuprobieren und etablierte Abläufe immer wieder kritisch zu hinterfragen. So schaffen wir eine Polizei, die nicht nur effizient, sondern auch zukunftsorientiert arbeitet.



Ja, der Fokus auf die wesentlichen Aufgaben und der Bürokratieabbau gehören zu den drängendsten Fragen. Die Digitalisierung bietet hier enormes Potenzial zur Prozessvereinfachung. Allerdings reicht es nicht, analoge Prozesse einfach zu digitalisieren – sie müssen grundlegend neu gedacht und verschlankt werden. Unser Ziel ist es, durch intelligente digitale Lösungen Arbeitsabläufe zu optimieren und Dokumentationspflichten zu vereinfachen. Eine effektive Vernetzung mit anderen Akteuren wie Ordnungsdiensten, Sozialarbeit und weiteren Behörden ermöglicht zudem eine sinnvolle Aufgabenverteilung. Durch diese strategische Zusammenarbeit kann sich die Polizei verstärkt ihren originären Aufgaben widmen, während andere Herausforderungen von den jeweils zuständigen Stellen übernommen werden.



Wir halten Bürokratieabbau und Aufgabenkritik für essenziell, um Verwaltungsstrukturen zu optimieren, Personalmangel zu kompensieren und der zunehmenden Aufgabenvielfalt gerecht zu werden. Der Abbau überflüssiger Bürokratie und die regelmäßige Überprüfung staatlicher Aufgaben haben für uns hohe Priorität.

DIE LINKE.

Wir setzen uns für eine ausreichende Personalausstattung der Polizei ein. Die hohe Zahl der Überstunden ist ein starkes Indiz für die angespannte Personalsituation. Vor einer weiteren Erhöhung der Einstellungszahlen steht aus unserer Sicht eine Aufgabenkritik der Polizei durch die Polizei selbst und durch die Politik, Letztere vor allem durch Entkriminalisierung in verschiedenen Bereichen. Allein die (vollständige) Legalisierung von Cannabis, die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein und der Sexarbeit (durch Aufhebung der Kontaktverbotsverordnung) sowie die Aufhebung der Residenzpflicht könnten zur Entlastung der Polizei beitragen. Auch aus bürgerrechtlicher Sicht notwendige neue Einsatzstrategien bei Versammlungen, die nicht nur auf Machtdemonstration durch massiven Personal- und Geräteeinsatz setzen, sowie die Abschaffung der Task Force BtM, die eine enorme Anzahl von Polizeistunden bindet, können zur Entlastung beitragen. Unnötige bürokratische Hürden sind abzubauen. Allerdings ergeben sich aus der strikten rechtsstaatlichen Bindung der Polizei und den daraus resultierenden Anforderungen unvermeidbare Anforderungen an die Dokumentation und Transparenz polizeilichen Handelns, die nicht eingeschränkt werden dürfen.



Ja, wir teilen die Einschätzung der **DPoIG**, dass der Bürokratieabbau entscheidend ist, um Polizeibeamte zu entlasten und ihre Kernaufgaben in den Fokus zu rücken. Ein gutes Beispiel liefert Bayern, wo Verwaltungsassistenten Routineaufgaben wie Aktenpflege und Berichtswesen übernommen haben, was die Effizienz und Zufriedenheit der Beamten deutlich steigert. Auch die Digitalisierung, etwa durch automatisierte Unfallmeldesysteme oder KI-gestützte Datenauswertungen, bietet enorme Entlastungspotenziale. Die Vereinfachung von Berichts- und Dokumentationspflichten, besonders bei Bagatelldfällen, kann zusätzlich wertvolle Zeit sparen. Bürokratische Vorgaben und Mehrfachzuständigkeiten müssen dringend reduziert werden, damit unsere Polizei die Zeit für ihre wichtigste Aufgabe hat: Die Sicherheit der Bürger.

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10

E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow,
Oliver Schinkmann, Laurin Schmid
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230

